

4. Fazit

Im Fokus der ZfTI-Mehrthemenbefragung 2017 standen Identität und politische Orientierungen der türkeistämmigen Zuwanderer im (Spannungs-)Feld Deutschland und Türkei. Im Zeit- und Generationenvergleich wurde untersucht, ob eher eine assimilative bzw. substitutive Identitätsverschiebung oder eine additive und damit transnationale Identitätskonstruktion zu beobachten ist und inwiefern sich dies auch in den politischen Orientierungen niederschlägt. Gefragt wurde zudem, inwieweit ein Herkunftsbezug insbesondere bei Nachfolgegenerationsangehörigen wieder auflebt und dies mit einer zunehmenden Unterstützung der amtierenden türkischen Regierung einhergeht. Darüber hinaus wurde genauer analysiert, wie sich die Zugehörigkeit zu Deutschland zwischen Nähe und Distanz ausgestaltet, dies wiederum mit Orientierungen und Identitäten zusammenhängt und welche Muster sich aus den verschiedenen Indikatoren der Identität ergeben. Daran schloss sich die Frage an, ob die Ausprägungen der nationalen Orientierungen und der Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft eine Folge der Teilhabe in zentralen Integrationsdimensionen oder wahrgenommener Integrationshürden, wie schlechter Perspektiven und Diskriminierungswahrnehmungen, ist und welche Rolle hierbei Generationszugehörigkeit und Religiosität zukommt. Lässt sich die Türkeiorientierung und die Unterstützung der türkischen Regierung durch junge Türkeistämmige in Deutschland eher mit geringer Teilhabe und mangelndem Zugehörigkeitsempfinden oder eher mit enttäuschten Erwartungen an Akzeptanz, Gleichbehandlung und Interessenvertretung durch mehrheitsgesellschaftliche Institutionen erklären?

Die aktuelle Erhebung erlaubt nicht nur einen Zeitvergleich, sondern auch einen Vergleich der Türkeistämmigen in NRW mit Gesamtdeutschland. Ziel war es zu prüfen, inwieweit sich die beiden Gruppen unterscheiden und ob die Befragungen in NRW auch Hinweise auf die Einstellungen in ganz Deutschland geben können. **Im Ergebnis sind die Unterschiede sehr gering, so dass Erkenntnisse auf Basis der NRW-Daten auch bundesweit übertragen werden können.**

Sowohl die Identität als auch die damit eng verknüpfte politische Orientierung sind in hohem Maße transnational oder bikulturell ausgerichtet und zeigen ein additives, sehr häufig relativ ausgewogenes Muster, **das überwiegend hohe Verbundenheiten zu beiden Ländern bedeutet**, auch wenn der Türkei- den Deutschlandbezug überwiegt und im Zeitvergleich eher eine Zunahme bei der Türkeiorientierung deutlich wird. **Diese Zunahme erfolgte vor allem bei den Nachfolgegenerationen**, wodurch sich Generationsunterschiede nivellieren, auch wenn dort zugleich eine leichte Zunahme bei der Deutschlandzugehörigkeit erfolgte. Nennenswerte Generationsunterschiede zeigen sich dann, wenn es um den Bezug zu Deutschland, deutlich weniger jedoch, wenn es um die Türkei geht. **Die Bedeutung der Türkei als Heimat im Sinne einer familiären Verwurzelung und kulturellen Prägung einschließlich eines hohen politischen Interesses an der Entwicklung dort bleibt auch bei den Nachfolgegenerationen bestehen oder wächst sogar, bei einer zugleich steigenden Verbundenheit mit Deutschland.**

Der Trend zu einer wachsenden Türkeiorientierung besteht schon mindestens seit 2012, bei der speziell politischen Orientierung zumeist noch länger, hat sich aber durch die bilateralen Spannungen der letzten beiden Jahren noch verstärkt, auch wenn sich ein bedeutender Teil der Befragten dadurch weder in ihrem Zugehörigkeitsempfinden zur Türkei noch zu Deutschland beeindrucken ließ. Anfällig für eine Abnahme der Deutschland- und eine Zunahme der Türkeiverbundenheit sind eher Nachfolgegenerationsangehörige als Angehörige der ersten Generation, deren ebenfalls in hohem Maße bikulturelle Orientierung stabiler ist.

Verantwortlich für diese Anfälligkeit der Nachfolgegeneration könnte das komplexe und zwischen Nähe und Distanz zwiespältige Verhältnis zu Deutschland und der deutschen Gesellschaft sein, wobei im langfristigen Zeitvergleich die Nähe zu- und die Distanz abgenommen hat. Zugleich ist jedoch das Empfinden von Andersartigkeit insbesondere bei der Nachfolgegeneration deutlich gewachsen, womit mehr Widersprüche entstehen als bei der ersten Generation. Nähe und Distanz zur deutschen Gesellschaft korrelieren insbesondere bei der Nachfolgegeneration relativ deutlich mit den Zugehörigkeiten und den Länderverbundenheiten, wobei hier von einer wechselseitigen Beeinflussung auszugehen ist. Doch auch Akkulturation und Interaktion sowie wirtschaftliche Perspektive bestimmen die Zugehörigkeit zu Deutschland. Dies führt dazu, dass die Stärkung der Türkeiorientierung und die Unterstützung der türkischen Regierung bei jungen Türkeistämmigen mit dem Gefühl von Andersartigkeit und Distanz und mit geringer Teilhabe sowie als mangelhaft wahrgenommener Akzeptanz – besonders seitens der Politik – zu erklären ist.

Dennoch weist die Typologie der Identität keine generationsabhängigen Muster auf. Dabei bilden die beiden größten Gruppen Gegenpole – einerseits eher Deutschlandorientierte mit stabiler Zugehörigkeit, andererseits stark Türkeiorientierte mit gesunkener Deutschland- und gestiegener Türkezugehörigkeit. Nachfolgegenerationsangehörige sind in diesen beiden Gruppen nahezu gleich stark vertreten.

Die additive Identität und die entsprechenden Veränderungen eher in Richtung Türkei schlagen sich auch in der politischen Orientierung nieder, wobei auch hier Generationsunterschiede eher bei Deutschland betreffenden Einstellungen erkennbar sind. Die Trendwende setzte diesbezüglich jedoch schon früher ein als bei der Identität. Problematisch erscheint vor allem die bereits seit 2010 bestehende, sehr hohe Bedeutung der türkischen Regierung als Interessenvertreterin, was zwar eng mit den Identitätsmustern verknüpft, jedoch nicht auf die Gruppen mit hoher Türkeiorientierung beschränkt ist. Dabei sehen Nachfolgegenerationsangehörige die türkische Regierung – allerdings auch die Bundesregierung – noch häufiger als Interessenvertreterin als die erste Generation. Zugleich werden die Mitsprache- und Einflussmöglichkeiten im politischen Prozess in Deutschland als eher gering eingestuft, was sich wiederum in der Zuweisung der Interessenvertretungsfunktion niederschlägt. Entsprechend ist die Absicht, an Wahlen teilzunehmen, bei türkischen Parlamentswahlen etwas ausgeprägter als bei Bundestags- oder Landtagswahlen und steigt bei allen Wahlen mit der Generationszugehörigkeit. Die Parteineigung bestätigt die – allerdings zugunsten „anderer Parteien“ rückläufige – Dominanz der SPD und der AKP, die die Zustimmung der Gesamtwahlbevölkerung in den jeweiligen Ländern deutlich übertrifft. Trotz der Dominanz der beiden – inhaltlich sehr unterschiedli-

chen – Parteien kann nicht grundsätzlich von einer widersprüchlichen Parteineigung der Türkeistämmigen ausgegangen werden, denn die Anhänger der AKP rekrutieren sich überwiegend aus Nichtwählern, Unentschlossenen und Anhängern anderer Parteien in Deutschland.

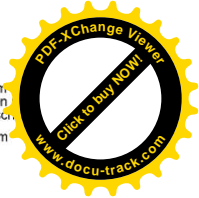
Allerdings zeigt sich eine bereits seit 2008 hohe und erstaunlich stabile Unterstützung der AKP, die somit nicht nur als Folge der jüngeren bilateralen Spannungen interpretiert werden kann. Die Neigung zur AKP korreliert mit der türkeiorientierten Identifikation und der hohen Zuweisung von Interessenvertretung an die türkische Regierung und der als gering wahrgenommenen Einflussmöglichkeit auf die deutsche Politik. Die AKP-Neigung unterscheidet sich kaum nach Generationen.

Insgesamt stehen die Muster der Identität in engem Zusammenhang mit den politischen Orientierungen, wobei sich generationale Unterschiede in erster Linie dann – jedoch in unerwartet geringem Ausmaß – zeigen, wenn es um Deutschland geht. Dagegen spielt die Religiosität eher dann eine Rolle, wenn es um die Türkei und um die Unterstützung der türkischen Regierung geht. Somit ist die Religiosität weniger ein Integrationshindernis als vielmehr verantwortlich für eine transnationale Orientierung.

Der Grad der Integration in den Dimensionen Akkulturation, Platzierung und Interaktion erweist sich als eher untergeordneter Prädiktor für (trans-)nationale Identität und politische Orientierung. Dabei wirkt sich der Grad der Interaktion stärker bei der Nähe und Distanz zur deutschen Gesellschaft, also der konkreten Ausgestaltung der Zugehörigkeit zu Deutschland, die Akkulturation hingegen eher bei der politischen Orientierung insbesondere der Nachfolgegeneration aus. Die Platzierung nimmt kaum Einfluss, wohl aber die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Perspektive, insbesondere auf die Identität. Somit kann die These einer mehrheitsgesellschaftlichen Orientierung als Folge der erfolgreichen Integration zumindest eingeschränkt gestützt werden.

Auch die Diskriminierungserfahrung als Ausdruck von Nichtakzeptanz, der eine hohe integrationshemmende Wirkung zugeschrieben wird, erweist sich nur eingeschränkt als Einflussfaktor, der weniger die Länderzugehörigkeiten, als vielmehr die Veränderung und die Ausgestaltung der Zugehörigkeit zu Deutschland zwischen Nähe und Distanz bestimmt.

Aus den Befunden lässt sich für die Politik schlussfolgern, dass zur Erhöhung der mehrheitsgesellschaftlichen Orientierung, neben Maßnahmen zur Verbesserung von Akkulturation und wirtschaftlicher Perspektive vor allem die Akzeptanz und Anerkennung der transnationalen Orientierung und der besondere Situation der „Deutsch-Türken“ beitragen kann. Heimatliche Verwurzelung und Interesse an den Geschehnissen im Herkunftsland sollten nicht als Integrationsverweigerung abgestempelt oder als Merkmal fehlender Loyalität zu Deutschland bewertet, sondern als Ergänzung zur durchaus ausgeprägten Zugehörigkeit zu Deutschland anerkannt werden. Eine Infragestellung der Loyalität zu Deutschland bei Zugewanderten mit einer bikulturellen oder transnationalen Orientierung ist nicht hilfreich, ebenso wenig wie die Aufrechterhaltung des „Zwangs zur Eindeutigkeit“ (Schiffauer 2008), wie sie beispielsweise die Einbürgerung verlangt. Die besondere Position der Zugewanderten und ihre Andersartigkeit sollten nicht verhindern, sie als selbstverständlichen Bestandteil der deutschen Gesellschaft



zu begreifen, wodurch auch für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte Optionen geschaffen würden, Patriotismus in Bezug auf das Aufnahmeland zu entwickeln. Die Vermittlung einer solchen Akzeptanz durch politische Institutionen könnte auch dazu beitragen, von den Zuwanderern stärker als bislang als Vertreter auch ihrer Interessen wahrgenommen zu werden. Die Stärkung der Wahrnehmung dieser Funktion ist dringend geboten, nicht zuletzt, um die Anfälligkeit gegenüber Angeboten von außen zu reduzieren. Dabei reicht es nicht aus, die klare Kritik an der Entwicklung in der Türkei auf die politische Agenda zu setzen und eine harte Oppositionshaltung zu vertreten, sondern diese muss durch das Verständnis gegenüber der transnationalen Orientierung flankiert und zugleich in umfassende politische Aufklärung über Hintergründe und Folgen eingebettet sein. Mittelfristig kann der Anfälligkeit für populistische und nationalistische Propaganda, neben der Verbesserung von Teilhabe und Akzeptanz, mit transkulturellen Aspekten berücksichtigender politischer Bildung begegnet werden.